

Angela Merkel: Wertegeleitetes Regieren – Zeit für **Verantwortung**

Rede der Parteivorsitzenden auf der „Zukunftskonferenz Werte“ am 21. Mai in Berlin

Laurenz Meyer:
Die Diskussion über Grundwerte gehört in die Mitte der Gesellschaft. Aus der Eröffnungsrede des Generalsekretärs
Seite 10/11



„Zeit für Verantwortung“ lautet das Motto dieser Veranstaltung. Und das aus gutem Grund. Es gibt keine Menschenwürde ohne klare Grenzziehungen gegen eine Haltung, die das menschliche Leben nicht als etwas respektiert, was der Verfügung des Menschen entzogen bleiben muss. Und es gibt keine Bildung ohne Erziehung – und keine Erziehung ohne Werte.

*Auf all den Feldern gilt:
Es ist Zeit für Verantwortung.
Es ist Zeit für Taten.*

Angela Merkel

ANGELA MERKEL:

Wertegeleitetes Regieren – Zeit für **Verantwortung**

Werte umreißen die Zukunftsaufgabe der Politik

„Werte“ – hinter diesem Wort steht immer eine Zukunftsaufgabe – keine Erinnerungsaufgabe. Bisweilen wird ja von Werten gesprochen, als reiche es aus, sich ihrer Bedeutung bloß zu vergewissern. Wertediskussion als Ermahnen und Rekapitulieren – so, als sei etwas eigentlich ohnehin Klares lediglich ein bisschen in Vergessenheit geraten.

Ich glaube, das ist der falsche Ansatz. Denn die Realität ändert sich täglich. Werte sind keine Angelegenheit, die man retrospektiv angehen könnte. Denn die Frage „Wie können wir unseren Werten gemäß leben?“, ja „Wie halten wir sie lebendig und lebbar?“, muss immer aufs Neue in der Gegenwart und für die Zukunft gestellt werden.

Das ist jedenfalls unsere Aufgabe, Aufgabe der Politik, wenn wir „Werte“ nicht als reine Privatsache betrachten wollen. Und das tun wir nicht.

Werte sind das Fundament unseres Handelns. Nicht – wie bei anderen – ein Fundus schöner Worte.

Werte sind gewissermaßen unsere „Suchmaschine in die Zukunft“. Sie sind unser Ausgangspunkt, um konkrete Antworten zu finden, konkrete Ziele und Konzepte zu formulieren.

Lösungen und Konzepte für das Leben der Menschen. Denn Aufgabe demokratischer Politik, ist es letztlich, Lösungen anzubieten und um Mehrheiten zu werben. Dabei sind wir derzeit auf einem guten Weg.

Warum? Ganz sicher auch deswegen, weil wir den Mut aufgebracht haben, die Zielkonflikte ernst zu nehmen, die beispielsweise junge Frauen und Männer im Hinblick auf berufliches Fortkommen einerseits und Familienwunsch andererseits verspüren. Oder die problematische Spannung zwischen örtlicher Flexibilität, wie sie in immer mehr Berufen gefordert ist, und dem Wunsch nach Stabilität und Heimatverbundenheit.

Wer den Anspruch erhebt, Politik zu formulieren, die werteverbunden und mehrheitsfähig ist – und das ist unser Anspruch als Volkspartei der Mitte –, der kommt um eine klare Analyse der Gegenwart nicht vorbei. Diese Analyse haben wir betrieben in den letzten drei Jahren.

Eben weil wir sagen: Werte – hinter diesem Wort steht eine Zukunftsaufgabe der Politik.

Keine Frage, dass unsere Werthaltungen in der Geschichte – unserer europäischen und deutschen Geschichte – wurzeln. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – das ist die Substanz aus 2.500 Jahren griechischer Antike, Christentum, Judentum und Auf-

klärung. Das ist auch das Bewusstsein der Gefahren, die Freiheit immer wieder bestehen muss.

Es ist wichtig, ja unabdingbar, die eigenen Wurzeln zu kennen: historisch, kulturell, religiös und – nicht zu vergessen – auch regional.

Aber: Wer mit Blick auf vergangene Jahrzehnte, auf eine vermeintlich „gute“ oder zumindest „bessere alte Zeit“ Wertewandel lediglich als Werteverfall beschreibt, der läuft Gefahr, der Sache eine Bärendienst zu erweisen. Denn die Menschen erwarten werthaltige Politik für Gegenwart und Zukunft.

Es reicht auch nicht, Werte als gewissermaßen technische Tatsachen-Feststellungen zu behandeln – nach dem Motto: „Freiheit – das ist möglichst wenig Staat“. Oder: „Gradmesser für die Solidarität in einer Gesellschaft ist das Maß der Umverteilung, die stattfindet.“

Wer es ernst meint mit Werten – gerade in der demokratischen Politik –, der hat sich der Aufgabe zu stellen, die Werte, die uns leiten, und die Bedingungen, unter denen wir leben, immer wieder in eine neue, eine glaubwürdige und lebbare Balance zu bringen.

Denn das ist es auch, was den Menschen wichtig ist:

■ 80% der Bundesbürger sagen, dass ihnen die Familie „sehr wichtig“ ist. (Quelle: Datenreport 1999, hg. Stat. Bundesamt) Familie und Elternhaus sind in den Augen der Mehrheit auch die wichtigsten Institutionen der Wertevermittlung. (Quelle: Generationenstudie der Hanns-Seidel-Stiftung 2002) Aber die geringen Geburten- und die hohen Scheidungsraten zeigen, dass Familiengründung und die Bindung in der Familie wieder leichter lebbar werden müssen.

■ 88% der Deutschen finden „Tugenden für das Zusammenleben wichtig oder sehr wichtig“. (Quelle: Generationenstudie der Hanns-Seidel-Stiftung 2002) Aber wie schwer wird es den Bürgern gemacht, tugendhaft zu bleiben? Ganz konkretes Beispiel: Die Steuererklärung. Wie leicht oder wie schwer ist es, ehrlich zu bleiben, wenn vom Einkommen weniger als die Hälfte übrig bleibt und Steuertricks zum Kontinentthema Nr. 1 werden?

Das sind die Herausforderungen, der sich die Politik stellen muss. Und wir tun das auch.

Wertegeleitete Politik ist Politik der Mitte

Gerade eine Politik, die den Anspruch erhebt, Politik der Mitte zu sein, muss das tun. Politik der Mitte – das ist eben nicht reiner Pragmatismus, auch wenn sie pragmatisch ist. Sondern das Festhalten an unverrückbaren Werten, allen voran der Wert des Individuums. Politik der Mitte lässt sich aber auch nicht einkesseln in rigide Vorstellungen von dem einen allein richtigen Weg. Sondern sie versteht sich darauf, den Wertekern unseres Gemeinwesens immer wieder neu herauszuarbeiten. Sie gibt Orientierung und Halt, sie fördert Bindungen und sie bietet Lösungen. So, dass sich eine Mehrheit der Menschen, die Mitte der Gesellschaft, darin wieder erkennt.

Das kann bedeuten, althergebrachte und lieb gewonnene Positionen zu überdenken: Die CDU hat das in den letzten Jahren an einigen Stellen getan.

In der Familienpolitik beispielsweise: Die CDU steht heute dazu, dass viele junge Frauen Karriere machen wollen – und auch sollen. Und trotzdem Mutter werden kön-

nen, weil sie Möglichkeiten der Kinderbetreuung vorfinden, die ihnen beides ermöglichen. Die CDU schreibt den Menschen nicht vor, wie sie leben sollen. Aber die CDU stellt sich dann auch der Aufgabe, die gewünschten Lebensentwürfe zu ermöglichen.

Im Übrigen: Am Ehegatten-Splitting halten wir fest. Das Ehegattensplitting ist keine beliebig gestaltbare Sondervergünstigung, sondern notwendiger steuerrechtlicher Ausdruck der Lebens- und Fürsorgegemeinschaft der Ehepartner. Rot-grüne Versuche, hierüber das Steuerrecht die grundlegenden, gewachsenen Strukturen unserer Gesellschaft aufzuweichen sind ähnlich fatal, wie ihre gesamte so genannte Steuerreform.

Die CDU hat sich auch in der Frage der Zuwanderung der Realität gestellt. Indem wir Ja sagen zu gesteuerter, gewollter Zuwanderung. Indem wir uns unseren humanitären Verpflichtungen stellen. Indem wir Fehlentwicklungen wie zum Beispiel die Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme verhindern. Und Ja – ein striktes Ja – auch zur Integration von Zuwanderern als Voraussetzung für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Wertegeleitete Politik ist jedoch nicht nur zum Dialog mit dem Leben, gewissermaßen zur behutsamen Modernisierung, verpflichtet, um nicht die Bodenhaftung zu verlieren. Sie ist ebenso verpflichtet, klare Linien zu ziehen da, wo Grenzüberschreitungen drohen. Aktive Sterbehilfe beispielsweise ist solch ein Punkt, wo ein klares Nein zur Verfügbarkeit des Lebens gefordert ist.



Werte lassen sich nicht delegieren

Nur Politik mit einem klaren inneren Kompass – dem christlichen Menschenbild – ist wirklich wertegeleitete Politik. Dieser

innere Kompass gibt nicht nur unseren politischen Konzepten Richtung. Er bestimmt auch den Stil christdemokratischer Politik.

In der laufenden, bald zu Ende gehenden Legislaturperiode haben wir einen anderen Stil des Regierens erlebt: Der Bundeskanzler hat viele Bündnisse und Konsensrunden gegründet – darunter auch den Nationalen Ethikrat. Aber lässt sich auf dem Gebiet von Ethik Politik machen, indem man Experten beauftragt?

Ich bin überzeugt: Werte lassen sich nicht delegieren! Genau so wenig wie sie Privatsache sind, sind sie eine Angelegenheit für Experten!

Eine Regierung braucht einen eigenen, inneren Kompass. Sie braucht ein Grundwerteverständnis, wie beispielsweise das christliche Verständnis vom Menschen eines ist. Sonst geht ihr ihre Botschaft, ihr Projekt verloren. Nicht umsonst fragen sich viele Menschen, was eigentlich das Projekt, was eigentlich die innere Botschaft, der rote Faden dieser Legislatur war.

Und welcher ihnen denn von den Regierungsparteien für die Zeit nach dem 22. September angeboten wird.

Auch das ist eine Folge eines möglichen Regierungswechsels bei der kommenden Bundestagswahl: Mit der Union könnte wieder eine politische Kraft die Zukunft gestalten, die über diesen Wertekompass verfügt, von dem ich sprach.

Die Chance des 22. September ist es nicht nur, dass die Menschen in Deutschland, die hart für ihre Zukunft arbeiten, wieder eine Regierung bekommen, die hart für die Bürger arbeitet und das Land effizient führt.

Die Chance des 22. September ist nicht nur eine Regierung, die Deutschland wirtschaftlich wieder nach vorne bringt.

Sondern die Chance des 22. September heißt auch: wertegeleitetes Regieren.

Werteleitetes Regieren

Lassen Sie mich dazu Beispiele nennen.

► Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft schafft und erhält Freiräume, sie traut den Menschen etwas zu. Sie belohnt Fleiß und Einsatz, sie setzt Anreize für die Leistungsbereitschaft der Menschen. Und sie spricht die Solidarität der Menschen an, ihre Bereitschaft, alle am Wohlstand teilhaben zu lassen.

Sie ermöglicht und fördert eine florierende Wirtschaft. Aber: Sie ist kein reines Wirtschaftskonzept. Sondern sie ist Teil einer ebenso erfolgreichen wie menschlichen Gesellschaft. Sie vereint Markt und Menschlichkeit.

Die Union hat die vergangenen Jahre genutzt, um die Leitidee der Sozialen Marktwirtschaft zu erneuern und zu revitalisieren. Denn die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts verlangen neue Antworten. Die erneuerte Soziale Marktwirtschaft bietet die beste Grundlage, auf Globalisierung, technische Revolutionen, Wandel der Arbeitswelt, demografische Umbrüche und ökologische Anforderungen gleichermaßen zukunftsfähige Antworten zu geben. Die Soziale Marktwirtschaft ist ebenso human wie effizient.

Ein festes Wertefundament brauchen wir auch, wenn wir die Globalisierung positiv gestalten wollen, eine der größten Herausforderungen für die Politik überhaupt. Deshalb setzt sich jetzt auch die Wertekommission der CDU Deutschlands mit der Globalisierung auseinander. Dies ist ein enorm wichtiges Thema, das wir nicht anderen überlassen. Und mit der weiteren Arbeit der

Wertekommission machen wir hier einen wichtigen Schritt nach vorne.

Für große Teile der Weltbevölkerung können sich durch die Globalisierung die Wirtschafts- und Lebendbedingungen entscheidend verbessern.

Dazu ist es aber notwendig, dass die Staaten der Erde zu einer umfassenden Zusammenarbeit bereit sind, die weit über das hinausgeht, was wir heute haben. Wir brauchen einen internationalen Ordnungsrahmen für die Wirtschaft. Es gibt auch international zu einem geordneten Markt und einem geordneten Wettbewerb keine vernünftige Alternative.

Deutschland sollte deshalb selbstbewusst für die Stärken seiner sozialen Marktwirtschaft werben – ein Kernelement christdemokratischer Politik. Es geht nicht darum, dass andere Nationen unser bewährtes Modell im Maßstab eins zu eins übernehmen. Aber diese wertebasierte Wirtschaftsordnung, davon bin ich überzeugt, kann viel zu einer menschlichen Gestaltung der Globalisierung beitragen. Denn in ihrem Mittelpunkt steht der Mensch mit seiner unveräußerlichen Würde und seiner Freiheit.

Auch die soziale Marktwirtschaft fußt nämlich auf dem christlichen Menschenbild. Es ist eine Gesellschaftsordnung, die unserer Überzeugung nach am besten den Ausgleich zwischen individueller Freiheit und Verantwortung des Einzelnen gegenüber seinen Mitmenschen schafft.

Und ich bin überzeugt davon: So wie wir es mit der Sozialen Marktwirtschaft schon einmal geschafft haben, die Bundesrepublik aus dem Nichts in die weltweite Spitzengruppe der Industrienationen zu führen, so können wir Deutschland mit der Sozialen Marktwirtschaft auch von der Schlusslichtposition in Europa wieder in die Spitzengruppe in Europa bringen.

Deswegen wollen wir die Freiheit des Einzelnen, seine Privatinitiative und Eigenverantwortung wieder zu den Triebfedern der wirtschaftlichen Entwicklung machen. Dazu gehört:

- Abbau von Bürokratie,
- Abbau der Steuer und Abgabenlast durch ein einfaches und transparentes Steuerrecht,
- Sparsamkeit bei den Staatsausgaben.

Wenn wir von der Initiative und vom Fleiß und Einsatz des Einzelnen sprechen, dann sprechen wir auch und vor allem von Selbstständigkeit und damit vom Mittelstand – vom kleinen und mittelständischen Unternehmer. Wir stehen für ein gesellschaftliches Klima, das Existenzgründungen und unternehmerische Verantwortung als erstrebenswerte Ziele auffasst. In den Schulen und Hochschulen muss es uns gelingen, die Bereitschaft zu Engagement und Verantwortung, zu Risiko und Kreativität als Bildungsziele zu verankern.

► Wert der Leistung

Nun fragen Manche: Leben wir nicht in einer zu sehr auf Leistung fixierten Gesellschaft? In einer Gesellschaft, die jene, die scheinbar nicht genug leisten, ausgrenzt oder in die Ecke drängt? Ulrich Greiner hat jüngst von einem neuen „Leistungswahn“ gesprochen, der unsere Gesellschaft „im Innersten“ antreibe „und zugleich zu sprengen“ drohe.

Ich frage zurück: Wird hier nicht ein falscher oder zumindest einseitiger Leistungsbegriff zugrunde gelegt? Sollten wir nicht weniger von „Leistungsdruck“ sprechen als von Leistungsfreude?

Denn: Was bedeutet es, Leistung zu erbringen? Es heißt vor allem, die eigenen Ta-

lente zur Geltung zu bringen. Es heißt, das aus sich herauszuholen, was in einem steckt.

Es geht um die Entdeckung und Entfaltung der eigenen Persönlichkeit und Potenziale, und das ist etwas Großartiges. Ein positives Verständnis von Leistung stärkt deshalb auch das Selbstwertgefühl junger Menschen. Allerdings müssen sie auch lernen, mit Misserfolgen umzugehen und dass Gewalt kein Mittel zur Konfliktbewältigung ist.

Deutschland, ein Land, das einmal der wirtschaftliche Motor Europas war, heute aber in vielen Bereichen sein Schlusslicht ist, ein Land, das im internationalen Bildungsvergleich der PISA-Studie im untersten Drittel liegt, braucht nicht weniger, sondern eher mehr Leistungsdenken, wenn es seinen Wohlstand und die soziale Sicherheit seiner Bürger erhalten will. Leistung und Sicherheit sind zwei Seiten einer Medaille.

Leistung muss sich aber auch lohnen – und hier liegt das eigentliche Problem. Viele Bürger in unserem Land haben doch weniger die Sorge, nicht genug leisten zu können, als die Sorge, dass ihre Leistungsbereitschaft nicht abgefragt oder erbrachte Leistung nicht honoriert wird. Wenn Väter oder Mütter von zwei oder drei Kindern nach getaner Arbeit weniger Einkommen haben als Empfänger von Sozialhilfe, weil das Lohnabstandsgebot nicht eingehalten wird, so ist das nicht leistungsgerecht. Wenn das Steuerrecht die großen Kapitalgesellschaften besser stellt als den einzelnen, hart arbeitenden mittelständischen Unternehmer, so ist das nicht leistungsgerecht.

Zur Leistungsgerechtigkeit gehört es auch zu fragen, wie wir ehrenamtliche Tätigkeiten oder Pflege- und Familienarbeit in unserer Gesellschaft angemessen honorieren.

Millionen von Deutschen arbeiten täglich an einer menschenwürdigeren Gesellschaft – sie erbringen Leistung dafür! –, ohne dass

dies ausreichend zur Kenntnis genommen wird. Wir dürfen Leistung also nicht auf materiellen Erfolg reduzieren. Nicht wer den größten und teuersten Wagen fährt, hat am meisten Leistung erbracht und deshalb Anerkennung verdient.

Leistung – das ist Leistung für sich und auch für andere. Dazu sind die Menschen bereit. Uns geht es darum, diese Bereitschaft zu honorieren und anzuerkennen.

Dadurch, dass Geringverdiener besser dastehen als Leistungsempfänger; dadurch, dass Normalverdiener netto mehr von ihrem Lohn und Gehalt übrig behalten; dadurch, dass der Mittelstand im Zentrum der Wirtschaftspolitik steht; und dadurch, dass Eltern, die Kinder erziehen und damit viel leisten, fair behandelt werden.

Dafür wollen wir nach dem 22. September die Rahmenbedingungen schaffen.

► Neue Sicherheit

Eine starke Wirtschaft ist die Voraussetzung für einen Staat, der viel für seine Bürger leisten kann. Und solch einen Staat wollen wir. Wir sagen nicht: weniger Staat. Sondern besserer Staat.

In den letzten Jahren ist nicht mehr Sicherheit geschaffen worden – im Gegenteil: ob bei der Rente oder im Gesundheitswesen, die Menschen sind verunsichert. Wir wollen neue Sicherheit schaffen da, wo sich alte Sicherheiten auflösen: In der Alterssicherung ebenso wie im Gesundheitswesen geben wir die Richtung in die Zukunft vor – damit die Bürger in Deutschland wieder Vertrauen fassen in die Sicherheit, die ihnen die Solidargemeinschaft bietet.

Neue Sicherheit schaffen wir auch für Familien und für junge Menschen, die einen Anspruch auf eine optimale Ausbildung haben.

Denn in einer Welt, die sich schnell ver-

ändert, kann die Politik keine Arbeitsplatzgarantien aussprechen. Aber sie kann alles dafür tun, dass die Menschen die Sicherheit haben, dank einer guten Aus- und Weiterbildung immer wieder einen neuen Arbeitsplatz zu bekommen, für den Fall, dass sie ihren alten verlieren.

► Außenpolitische Dimension: Bundeswehr und Dialog der Kulturen

Wertegeleitetes Regieren darf sich nicht auf die Innenpolitik beschränken. Auch in der Außen- und Entwicklungspolitik gilt unser christliches Verständnis vom Menschen und die daraus abgeleiteten Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Diese Werte enden für uns nicht an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland und auch nicht an den Außengrenzen der Europäischen Union.

Deutschlands Verantwortung in der Welt ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Deutsche Soldaten in Kabul – wer hätte das noch vor einem Jahr für möglich gehalten? Heute leistet die Bundeswehr einen wichtigen Dienst für Frieden, Sicherheit und Menschenrechte in diesem von jahrelangem Krieg gepeinigten Land.

Wenn wir Soldaten in ferne und gefährliche Länder entsenden, so müssen wir ihnen aber nicht nur vernünftiges militärisches Gerät mit auf den Weg geben, sondern auch geistiges Rüstzeug.

Wenn wir uns in entfernten Regionen engagieren, sei es im Rahmen von militärischen Einsätzen oder von Entwicklungshilfe, so haben wir hierfür auch ganz konkrete eigene Interessen z.B. sicherheitspolitischer Natur.

Aber wir handeln eben auch aus der moralischen Verpflichtung heraus, die aus unserem christlich geprägten Bild vom Men-

schen erwächst. Dies müssen wir den Soldaten, die in entfernten Regionen, weit weg von ihren Familien und Freunden, ihr Leben einsetzen, sagen. Sie stehen für eine gute Sache.

Einen klaren Blick auf das Wertefundament unserer Gesellschaft brauchen wir schließlich besonders dringend, wenn wir einen ehrlichen und fruchtbaren interkulturellen Dialog führen wollen.

Wir wollen diesen Dialog, wir wollen nicht den von Huntington prophezeiten „clash of civilizations“. Aber um diesen Dialog überhaupt führen zu können, muss man auch in der Lage sein, einen eigenen Standpunkt einzunehmen.

Die Zeiten eines verklärenden Multikulturalismus sind endgültig vorbei. Das Idyll der Multikulti-Anhänger, hat ein kluger Kopf gesagt, leidet darunter, dass es nicht ernst nimmt, was es propagiert: Den Dialog der Kulturen.

Der 11. September 2001 sollte aber auch den letzten Träumer aufgeweckt haben. Wir wollen Gemeinsamkeiten mit anderen Kulturen suchen, insbesondere auch mit dem islamischen Kulturkreis. Aber wir müssen auch Unterschiede ehrlich zur Kenntnis nehmen, offen darüber sprechen und sie nicht unter den Teppich kehren. Das erwarten im Übrigen besonders die Muslime von uns. Sie wollen im

Gespräch mit uns wissen, woran sie sind.

Unsere Gesellschaft muss also ihren Standpunkt klären. Sie muss sich und anderen deutlich machen, auf welchen Werten sie basiert. Werte, die sie auch zu verteidigen bereit ist, wenn sie von innen oder außen bedroht werden. Wir sind stolz auf die Toleranz, die unser Grundgesetz verbürgt, besonders auch auf die religiöse Toleranz, die in unserem Land herrscht. Aber Toleranz heißt nicht Beliebigkeit. Das müssen wir deutlich machen.

Politik, die sich als wertegeleitete Politik versteht, unterscheidet sich von anderen: Weil sie ein Anliegen hat, ein Projekt. Weil sie Ziele hat für dieses Land.

„Zeit für Verantwortung“ lautet das Motto dieser Veranstaltung. Und das aus gutem Grund.

Es gibt keine Menschenwürde ohne klare Grenzziehungen gegen eine Haltung, die das menschliche Leben nicht als etwas respektiert, was der Verfügung des Menschen entzogen bleiben muss.

Und es gibt keine Bildung ohne Erziehung – und keine Erziehung ohne Werte.

Auf all den Feldern, die ich skizziert habe, gilt: Es ist Zeit für Verantwortung. Es ist Zeit für Taten.

LAURENZ MEYER:

Die Diskussion über Grundwerte gehört in die **Mitte** der Gesellschaft

Im Namen der CDU Deutschlands darf ich Sie alle sehr herzlich begrüßen bei unserer „Zukunftskonferenz Werte“. Schon die Wahl dieses Raums ist, wie ich meine, ein Signal. Ein Signal, das sagt: Die Diskussion über die Grundwerte unserer Gesellschaft gehört mitten ins Zentrum, sie gehört hier in die unmittelbare Nachbarschaft des Reichstags, direkt neben das Brandenburger Tor. Sie gehört in die Mitte des neuen Berlin, dahin, wo die Entscheidungen über die Zukunft unseres Landes gefällt werden. Sie gehört in die Mitte der Gesellschaft, und sie gehört zur Politik der Mitte.

Politik der Mitte ist wertegeleitete Politik

Die CDU hat ein eigenes Beratungsgremium nur für dieses Thema – das ist die Wertekommission unter der Leitung von Christoph Böhr. Zuletzt hat sie „Die neue Aktualität des christlichen Menschenbildes“ in einem umfassenden Positionspapier für die CDU dargelegt – sehr erfolgreich im Übrigen. Und die Arbeit geht jetzt mit einer neuen Themenstellung, in deren Zentrum die kulturelle Herausforderung durch die Globalisierung steht, weiter voran.

Ich danke Ihnen, lieber Christoph Böhr, und Ihren Mitstreitern in der Kommission

ganz herzlich dafür, dass Sie sich dieser schwierigen Aufgabe mit so viel Elan und Energie annehmen!

Wir müssen uns für weitere Diskussionen wappnen

Vor wenigen Tagen ist Diane Pretty gestorben. Aber die Fragen, die sie aufgeworfen hat, werden nun andere stellen. Die Europäischen Richter haben entschieden – gegen die Sterbehilfe. In Belgien wurde auf der anderen Seite Ende voriger Woche ein sehr liberales Gesetz zur Sterbehilfe verabschiedet. Wir tun also gut daran, uns für weitere Diskussionen zu wappnen.

Denn es wäre kurzsichtig für eine politische Kraft wie uns christliche Demokraten zu meinen, ethische Fragen seien in einer pluralistischen Gesellschaft von Richtern oder Experten letztgültig zu beantworten. Es ist an uns, es ist an der Politik, wachsam und vorbereitet zu sein. Dazu wollen wir heute beitragen.

Erfurt, die Pisa-Studie und die Sterbehilfe-Debatten in den Niederlanden und auf europäischer Ebene sind in den letzten Wochen durch die Schlagzeilen gegangen.

Ereignisse, an denen sich ablesen lässt: Nicht die Diskussion um die Grundwerte unseres Zusammenlebens selbst prägt die

Schlagzeilen. Das tun die Vorkommnisse, die den Wertekonsens unserer Gesellschaft schmerzhaft durchbrechen oder uns anzeigen, dass ein sicher geglaubter Konsens infrage gestellt wird. Oder wenn, wie im Fall der PISA-Studie, auch unsere Selbstsicherheit als „Land der Dichter und Denker“ angekratzt wird. Dann stellen sich Fragen, die man nicht länger ignorieren kann.

Die Fragen hinter den Phänomenen beantworten

So etwas zeitigt dann zumeist schnelle Reaktionen in einer schnelllebigen Zeit. Handeln ist gut – und notwendig, kein Zweifel. Aber der Aktionismus der schnellen Antwort führt zu nichts. Die eigentlich entscheidenden Fragen hinter den Phänomenen müssen gestellt und nach Kräften beantwortet werden.

Fragen der Erziehung, die wir heute diskutieren, müssen eingebettet sein in ein übergeordnetes Konzept, in das, was man Menschenbild nennt. Deshalb ist es folgerichtig, dass wir heute die beiden Eckpunkte des menschlichen Lebens diskutieren: den Anfang und das Ende des Lebens. Beide Eckpunkte geraten immer mehr in die Verfügbarkeit des Menschen.

■ Technologischer Wandel auf der einen Seite – Stichwort Gen- und Biotechnologie.

■ Wertewandel auf der anderen Seite – es scheinen diejenigen zahlreicher zu werden, die eine freiwillige Grenze ziehen wollen am Ende des Lebens. Können wir unserem Gewissen diese Entscheidung zumuten? Ich jedenfalls habe da meine Zweifel.

Zur Ehrlichkeit gehört es zu sagen: Einfache Antworten gibt es nicht. Aber es gibt das Bemühen, ihnen näher zu kommen. Diese Konferenz ist ein Versuch dazu – unser Versuch heute, und ich danke Ihnen, den Gästen und Teilnehmern, ganz herzlich für ihr Kommen und die Mühe, der Sie sich heute bei der Suche nach Antworten unterziehen werden! Dass wir heute auf einem sehr hohen Niveau diskutieren können, haben wir aber auch unseren fachkundigen und teilweise sehr prominenten Gästen zu verdanken. Dass sie heute bei der CDU sprechen und mit uns diskutieren, ist uns nicht nur eine Freude, es ist uns eine Ehre.

Wir werden das Nachdenken auch als Regierungspartei nicht einstellen

Vor knapp einem Jahr haben wir hier in Berlin unsere erste Zukunftskonferenz veranstaltet – sicherlich waren einige von Ihnen dabei. Es ging um Fragen der Wissensgesellschaft, der Beschleunigung des Lebens und darum, wie Politik die Möglichkeiten des Internet nutzen kann.

Dies ist also schon die zweite Veranstaltung dieser Art. Und Sie können sicher sein, dass wir diese Form des Diskurses, des öffentlichen Nachdenkens und Weiterdenkens pflegen werden: Vor dem 22. September mit einer „Zukunftskonferenz Bildung“, die Anfang Juli hier in Berlin stattfinden wird.

Und auch nach dem 22. September, denn auch eine Partei, die die Regierung stellt, darf das Nachdenken nicht einstellen!



Erfurt, die Pisa-Studie und die Sterbehilfe-Debatten in den Niederlanden und auf europäischer Ebene sind in den letzten Wochen durch die Schlagzeilen gegangen. Ereignisse, an denen sich ablesen lässt: Nicht die Diskussion um die Grundwerte unseres Zusammenlebens selbst prägt die Schlagzeilen. Das tun die Vorkommnisse, die den Wertekonsens unserer Gesellschaft schmerzhaft durchbrechen.

Laurenz Meyer